

# KNAPP

Bürogemeinschaft von Rechtsanwälten  
- ohne gegenseitige Haftung -

KNAPP ♦ Bürogemeinschaft ♦ Kaiser-Joseph-Straße 273 ♦ 79098 Freiburg

Herrn  
Elias Mößner  
Bahnhofstraße 7a  
79241 Ihringen

**Rechtsanwalt Andre M. Knapp**

ra.knapp@raeknapp.de  
☎ 0761 /701-444 ☒ -448

**Rechtsanwalt Jan Estorff**

ra.estorff@raeknapp.de  
☎ 0761 /20 25 300 ☒ 20 25 303

**Rechtsanwältin Nadja Böhm**

**Fachanwältin für Arbeitsrecht**  
ra.boehm@raeknapp.de  
☎ 0761 /701-443 ☒ -448

**Rechtsanwalt Dubravko Mandić**

ra.mandic@raeknapp.de  
☎ 0761 /701-447 ☒ -448

**Kooperationspartner**

**Rechtsanwalt Michael Mersch**  
**Fachanwalt für Verkehrsrecht**  
**Versicherungsrecht und Familienrecht**  
Falkenried 64, 20251 Hamburg  
info@mersch-fachanwalt.de

**Kaiser-Joseph-Straße 273**

**79098 Freiburg**

☎ +49 (0)761 701-443  
☒ +49 (0)761 701-448

Anwaltsfach: LG 124 u. 128

04.11.2013 dma  
Az.: 00561/13 RAM / M

In Sachen

**Landesverband ./I. Mößner**  
**wegen Parteiausschluss**

ergeht folgender Beschluss:

der Antrag auf Aufhebung der Suspendierung wird als unzulässig verworfen.

Begründung:

Der Antragsgegner erwiderte in seiner Stellungnahme zum Ausschlussverfahren vom 30.10.2013, indem er neue Anträge stellte. Mit seinem ersten Antrag begehrt er die sofortige Aufhebung der vom Landesvorstand am 07.10.2013 beschlossenen Suspendierung. Der zweite Antrag bezieht sich auf das Verfahren 426/13 und hängt unmittelbar vom Bestand der Suspendierung ab, ist also bedingter Antrag zu verstehen in dem Sinne, dass über diesen nur entschieden werden soll für den Fall, dass der erste Antrag Erfolg hat. Denn das Gericht hatte in jenem Verfahren durch Beschluss darauf hingewiesen, dass das Verfahren wegen der Suspendierung ruht. Daraus hätte der Antragsteller eigentlich auch folgern können, dass die Suspendierung aus Sicht des Gerichts grundsätzlich Bestand haben sollte.

Nach der Systematik unserer Regelungen zum Parteiausschluss hängen Ausschlussverfahren und Suspendierung eng zusammen. Eine gerichtliche Überprüfung der Entschließung des Landesvorstands zur Suspension ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Nach § 8 Abs. 4 S. 3 Bundesatzung tritt die Suspendierung außer Kraft, wenn die Maßnahme nicht innerhalb von 3 Monaten durch das Gericht bestätigt wird. Die Bestätigung der Maßnahme erfolgt dadurch, dass der Ausschluss durch das Gericht bestätigt wird. Das folgt aus der Systematik. Die 3-Monatsfrist taucht nämlich auch in § 11 Abs. 1 der Schiedsgerichtsordnung auf. Urteile sollen danach spätestens nach 3 Monaten vorliegen. § 8 Abs. 4 S. 3 der Bundessatzung sorgt nur dafür, dass eine mögliche Verfahrensverzögerung durch das Gericht oder einen Beteiligten nicht ohne Kon-

sequenzen bleibt. Mitglieder sollen davor geschützt werden, dass durch bloßen Vorstandsbeschluss möglicherweise über einen langen Zeitraum de facto aus der Partei ausgeschlossen bleiben. Auf der anderen Seite ermächtigt eben diese Vorschrift den Vorstand auch dazu in eigener Gewalt den Ausschluss für die Dauer des Ausschlussverfahrens vorweg zu nehmen. Das stellt keine all zu große Benachteiligung der Rechte der einzelnen Mitglieder dar, da das Gericht bei offensichtlich rechtsmissbräuchlicher Verwendung der Möglichkeit zur Suspendierung die Möglichkeit hat, den Ausschlussantrag als offensichtlich unbegründet abzulehnen. Das Gericht sieht sich im vorliegenden Ausschlussverfahren hierzu jedoch nicht veranlasst.

D. Vorsitzende  
Dubravko Mandić